



Inhalt

- Wer zahlt die Zeche?
- Fritz zur leistungsorientierten Vergütung
- Reichtum und Armut
- VW eco up!
- umfairteilen
- Generalstreik
- Energiewende

www.roter-kaefer.de

Überproduktionskrise in der Automobilindustrie

Wer zahlt die Zeche?

Die Presse meldet widersprüchliches: „VW, Ford, Opel/Peugeot: Schwarzer Mittwoch für Europas Autobauer“ (FTD 25.10.), aber auch: „Europas Krise verpufft im VW-Reich“ (BZ/WN 25.10.) Fakt ist, der Autoabsatz in Europa geht weiter zurück: Frankreich -17,9%, Italien -25,7%, Spanien und Portugal satte 40% weniger. Griechenland wird gar nicht mehr erwähnt. Inzwischen ist auch der deutsche Markt betroffen. Und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Die Politik der EU fährt, unter maßgeblichem deutschen Einfluss, die Volkswirtschaften der südlichen Mitgliedsstaaten voll gegen die Wand. Das fällt nun auch auf die deutschen Exporte zurück. Wer den Menschen keine existenzsichernde Arbeit und Einkommen gibt, wird ihnen auch nichts verkaufen können. Schon Henry Ford wusste: Autos kaufen keine Autos! Aber die Gier der Konzerne, genauer die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das bei Strafe des Untergangs das Streben nach Höchstprofiten verlangt, führt immer weiter in die Krise.

Werksschließungen in Europa vernichten ca. 20.000 Arbeitsplätze

Jetzt gehen die Konzerne daran, die selbst geschaffenen Überkapazitäten (ca. 6 Werke in Europa) abzubauen. Ford schließt seine Werke in Belgien(Genk) und

in Großbritannien(Southampton und Dagenham), Peugeot das Werk Aulnay bei Paris und Iveco-Magirus macht seinen Standort Weisweil dicht. Opel und Peugeot werden noch enger zusammenarbeiten um 1,5 Mrd. zu sparen. Auch das wird Arbeitsplätze kosten. Das Werk Bochum steht nach wie vor unter Druck. Weitere Hersteller melden bereits Kurzarbeit, Abfindungsprogramme, Fremdvergabe und wie schon 2009 Entlassungen von Leiharbeitern. Wenn auch hier nicht genannt, treffen diese Massnahmen natürlich auch, meist härter, die zahllosen Zulieferer, die sich außerdem einer weiteren Preisreduzierungsrunde stellen müssen.

Krise auch bei VW angekommen

Selbst wenn der VW-Konzern gegenwärtig

der Gewinner im Verdrängungswettbewerb ist, wurden im September 14% weniger VWs verkauft. Die Tageszulassungen steigen und damit die Rabatte. Die Absatzeinbrüche führen zur Absage von Schichten bei Audi und SEAT sowie beim Passat in Emden, bei der LKW-Tochter MAN und zur Rücknahme von Produktzusagen bei VW Osnabrück. Das Ergebnis des 3. Quartals zeigt allerdings, dass VW nach wie vor gut aufgestellt ist. Steigender Umsatz und Gewinn, allerdings ein leichter Einbruch beim operativen Ergebnis.

Da freut einen die Nachricht, dass 637 Leiharbeiter im Werk Wolfsburg noch in diesem Jahr fest übernommen werden sollen. Weiterhin kündigen Betriebsrat und Unternehmen an, insgesamt bis zu 3000 Leiharbeiter bis Ende 2013 fest einzustellen. Das sind jedoch längst nicht alle! Wolfsburg und Braunschweig gelten weiterhin als „Hauptstädte der Leiharbeit“.

Da bei VW im Gegensatz zur Fläche die Leiharbeiter erst nach 36 Monaten übernommen werden müssen, (bei guter Leistung geht es auch eher) meinen wir, es wäre besser, die Übernahme jetzt in trockene Tücher zu bringen und bei Schwierigkeiten dann mit einer geeinten Belegschaft den Kampf aufzunehmen!



Wer zahlt die Zeche?

Fortsetzung von Seite 1

Widerstand organisieren und Arbeitszeit verkürzen

Wie in der Vergangenheit sollen die Lasten dieser Marktberingung auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Dagegen regt sich allerdings auch Widerstand. In Belgien und England reagierten die Beschäftigten sofort mit Protestversammlungen und Blockaden. Weitere Aktionen wurden angekündigt. Aber auch in der Bundesrepublik gibt es Widerstand. Bei Iveco verhinderten Beschäftigte den Abtransport der Maschinen, bei Mercedes in Bremen legten tausende Beschäftigte im Kampf gegen Fremdvergabe die Arbeit nieder. Bei Daimler in Sindelfingen wurden die Verhandlungen über die Reduzierung von Kapazitäten mit ungewohnter Härte geführt. Aber massiver Druck der KollegInnen verhinderte, dass der Konzern die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates aushebelte.

Die Tatsache, dass die Werksschließungen bisher nicht in Deutschland stattfinden und VW gut aufgestellt ist, sollte uns nicht in Sicherheit wiegen. Das kann sich schnell drehen. Bereits jetzt machen Beschäf-

tigte im europäischen Ausland auf die krisenverschärfende Rolle der deutschen Regierung und des Kapitals aufmerksam und fordern von den deutschen KollegInnen Solidarität. Mit Recht!

Wir können nur gewinnen, wenn wir uns international zusammenschließen - gegen das Kapital! Der Aktionstag am 14. November wäre ein Datum, an dem wir Solidarität beweisen könnten.

Und noch eines scheint uns wichtig: die Diskussion in der IGM, wie man den Krisenfolgen begegnen soll. Das Thema Abwrackprämie hat sich erledigt. Und nur die Weiterführung der alten Kurzar-

beiterregelungen und ihre Ausdehnung auf Leiharbeiter zu fordern, greift nicht nur zu kurz, sondern den meisten Beschäftigten auch ganz schön in die Tasche.

Was spricht denn dagegen, die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zur Sicherung der Beschäftigung endlich wieder auf der Tagesordnung ganz nach oben zu setzen? Dass die Verkürzung nicht zur Arbeitsverdichtung führen darf, versteht sich von selbst. Dass sie branchen- und europaweit durchgesetzt werden muß, ebenso. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sind nichts anderes

als Arbeitszeitverkürzung – nur auf Kosten der Beschäftigten und der Sozialkassen! Wenn nicht weiter die Arbeiter und Angestellten die Zeche für den bereits laufenden Arbeitsplatzabbau bezahlen sollen, brauchen wir einen geordneten Rückbau der Kapazitäten in der Automobilindustrie. Arbeitszeitverkürzung ist dazu das Mittel der Wahl. Bezahlen sollen die Konzerne, die in der Vergangenheit und wie VW bis heute, glänzend verdient haben!



Fritz zur leistungsorientierten Vergütung



„Was ist denn nun aus eurer Forderung, das Urlaubsgeld für Azubis wieder einzuführen, geworden?“

fragte Karl unseren Azubi in der Pause – „Du meinst die leistungsorientierte Maizahlung“ schnaufte Kai sichtlich genervt, „wenn Du mich fragst, ist das ein weiterer Versuch, das Leistungs- und Konkurrenzprinzip auch auf die Auszubildenden zu übertragen. VW wird das genauso machen wie bei Euch mit der leistungsorientierten Vergütung. Mehr Geld für alle, aber trotzdem teile und herrsche durch unterschiedliche Höhe der Vergütung. Die Mehrheit der Tarif-

kommision hat sich ja darauf eingelassen, und eine Mehrheit der Beschäftigten auch. Meckern tut ihr aber trotzdem!“ „Jetzt hol erstmal Luft, ist doch besser als nichts“, tröstet Michael, „aber Neid und Mißgunst werden damit schon geschürt.“ „Dass die IGM das mitmacht, widerspricht einfach ihrem Auftrag, die Solidarität der Beschäftigten zu fördern und gerade auch Schwächere zu vertreten“ wirft Anke ein.

Ich finde auch, die Jugend hat recht und die JAV Braunschweig hat mit ihrem Positionspapier Argumente geliefert, die zu diskutieren lohnt. Leistungsorientierte Vergütung verstellt den Blick auf die gesellschaftlichen Ursachen unterschiedlicher Leistungen. Sie führt dazu, dass sich Kolleginnen und Kollegen nicht mehr als Menschen mit gleichen Interessen sehen, die gegen das Kapital und die Regierung zusammenhalten müssen und gemeinsam Alternativen entwickeln. Im schlimmsten Fall wird die Unterteilung

des Unternehmens in Leistungsträger und Minderleister übernommen.

Den Verlierern in diesem Konkurrenzkampf wird dann unterstellt, dass sie faul und antriebslos sind und selbst schuld an ihrer Misere. Die Umfrage der Bundesanstalt für Arbeit förderte zu dem Thema soviel Vorurteile ans Tageslicht, dass sie sich nun zu einer Imagekampagne veranlasst sieht. Dass die Bundesanstalt durch ihre ausufernden Sanktionen zu diesem Bild selbst beiträgt ist ein neues Thema

Meint jedenfalls

Euer Fritz

www.kommunisten.de

Impressum:

Herausgeber: DKP Region Braunschweig
V.i.S.d.P.: Werner Hensel, Wilhelm-Raabestraße 7, 38104 Braunschweig

So kämpfen die Daimler-Kollegen:



Am 11. Oktober 2012 legten gut 2500 Kolleginnen und Kollegen die Arbeit bei Mercedes in Bremen für 1 1/2 Stunden nieder, um gegen die geplante Fremdvergabe von Teilen der Logistik und von Dienstleistungen zu protestieren.

Reiches Land - Arme Kinder

Die Reichen werden immer reicher und die Armen ärmer. Die reichsten 10 % der Bevölkerung besitzen mehr als 2/3 des Vermögens in Deutschland, die untere Hälfte der Bevölkerung hat gerade mal ein Prozent. Die Gefahr, in Armut zu geraten, ist 2011 sogar noch gestiegen, obwohl die Wirtschaft gut lief.

Hinter den nackten Zahlen verschwindet häufig, dass Armut massenhaft Kinder trifft.

Fast zwei Millionen Kinder sind von Armut bedroht. Das ist fast jedes vierte Kind unter 15 Jahren. Es

ist eine Schande: In unserem reichen Land muss jedes zwanzigste Kind ohne eine warme Mahlzeit am Tag auskommen.

Die Reichen müssen endlich zur Kasse gebeten werden! Familien brauchen ein ausreichendes Einkommen um leben und mitmachen zu können.

Durch einen gesetzlichen Mindestlohn



von 10 Euro pro Stunde. Und höhere Steuern für Vermögende ermöglichen Investitionen in Bildung, Kitas und Freizeitangebote. Gebt den Kindern die Wurst zurück!

VW eco up!

Der Beste der Besten

Na prima, geht doch! Der VW eco up! hat die Gesamtwertung der Auto-Umweltliste des Verkehrsclub Deutschland (VCD) gewonnen. Außerdem ist er gemeinsam mit dem Toyota Yaris Hybrid Klimabester. Der VCD lobt besonders, dass Volkswagen den modernen Kleinwagen mit Erdgasantrieb nicht in einer Nische versteckt, sondern massiv bewirbt. Damit hat er das Zeug, zusammen mit der Benzinversion, die schon seit Ende 2011 erfolgreich verkauft wird, endlich aus der Öko-Ecke rauszukommen und für den Massenmarkt interessant zu werden.

Das wäre wichtig, denn Erdgasfahrzeuge sind günstig im Betrieb, stoßen weniger CO₂ aus als Diesel und Benzin und produzieren weniger Abgase. Obwohl diese Vorteile unbestritten sind, konnten sich Erdgasfahrzeuge bisher auf dem Markt nicht wirklich durchsetzen. Ein Grund dafür könnte sein, dass es neben dem erhöhten Kaufpreis zu wenig Tankstellen gibt. Doch der VW eco up! kann sowohl mit Erdgas als auch mit Benzin fahren. Mit seinem kleinen Benzintank von 10 l Volumen kommt er selbst im tiefen Winter so weit wie ein Elektroauto mit einer vollen Batterie unter optimalen Bedingungen.

Wenn VW in dieser Richtung weitermacht, ist das Ziel bis 2018 Weltmeister beim Umweltschutz zu werden, auch zu erreichen. Aber da gibt es durchaus noch Spielraum: z.B. könnten mehr Elemente der ausgereiften Sprintspar-Technologie „Blue Motion“ ohne gepfefferten Aufpreis für alle VW-PKW in die Serie übernommen und offensiv beworben werden. Das würde auf jeden Fall in der Öffentlichkeit mehr Sympathie und Erfolge bringen als ständige Scharmützel mit Greenpeace. Und dann wäre auch kein „Briefwechsel“ mit Brüssel nötig, damit die bei schärferen Grenzwerten bremsen. Wohlgedemert: keine Lösung des ökologischen Problems, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Ganz im Gegensatz zu den völlig unnötigen Offroadern. Aber damit ist eben Geld zu verdienen!

Deutschland - die Reichen-Republik

Die Albrechts, Quandts, Ottos, Porsches und Piechs dieser Republik - die 100 reichsten Deutschen - besitzen ein Vermögen von 307 Milliarden Euro - ein Plus von sechs Prozent allein im letzten Jahr. Alle deutschen Reichen und Superreichen sitzen auf einem fast 8 Billionen Euro hohen Vermögensberg - das sind 8000 Milliarden. Dem reichsten Prozent gehört davon mehr als ein Drittel.



Was, wenn noch ein paar Menschen mehr umfairteilen wollten?

Bereits vor und natürlich auch nach den Aktionen in vielen Städten wird in vielen Runden über das umfairteilen diskutiert: Ist umfairteilen denn überhaupt möglich oder ist die Kapitalseite übermächtig?

Sollen wir die kapitalistische Krise durch umfairteilen bekämpfen? Mit Radio Eriwan könnte man die erste Frage mit „im Prinzip ja, aber ...“ und die zweite mit „im Prinzip nein, aber ...“ beantworten. Aber das würde nicht viel helfen. Es steht die Frage, woher die Lösung des umfairteilens kommt, von wem, in welcher Situation sie aufgebracht wurde. In den Diskussionen nach Beginn der Finanzkrise 2008 haben viele Menschen entdeckt, dass die Krise mit Reichtum und seiner ungleichmäßigen Aneignung und Verteilung zusammenhängt. Das war für viele Menschen, ob Bildungsbürger, Arbeiter oder Schüler, eine neue Erkenntnis. Aus dieser Erkenntnis entstand in vielen Diskussionen die Frage, wie es zu dieser ungleichen Verteilung des Reichtums gekommen ist. Eine Antwort darauf war ganz einfach: „so funktioniert nun mal der Kapitalismus“, eine andere Antwort bewertete den Sachverhalt eher moralisch und nannte die Zustände ungerecht und unfair.

Auf diese Erkenntnis orientierte die Lösung vom umfairteilen. Ich gebe zu, dass ich solche moralischen Kategorien für unzureichend bis gefährlich halte. Ich halte es auch für demagogisch, wenn Vertreter der Parteien, die uns Armut per Gesetz verordnet haben, sei es durch Rentenklau oder Hartz IV, das Ergebnis ihrer Politik als unfair und ungerecht bezeichnen.

Aber was wäre denn, wenn in den Betrieben und Gewerkschaften massenhaft Empörung aufkäme gegen diese unfaire Verteilung des Reichtums, wenn nicht nur Zehntausende für mehr Gerechtigkeit demonstrieren sondern Hunderttausende? Würden wir denen dann erklären, dass sie Illusionen hätten oder würden wir über weitere Schritte zu gerechteren Verhältnissen, einer solidarischen Gesellschaft diskutieren? Natürlich wären wir viele Schritte weiter, wenn Hunderttausende gegen die kapitalistische Krisenpolitik demonstrieren würden, aber was machen wir mit den Zehntausenden bis dahin?

Die Diskussion ist nicht neu. Am 1. Mai 1881 schrieb Friedrich Engels einen Artikel „Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk“. Er endet: „Begrabt darum den alten Wahlspruch für immer, und ersetzt ihn durch einen anderen: Besitzer der Arbeitsmittel - der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen - soll das arbeitende Volk selbst sein.“ Aber das muss das Volk auch durchsetzen.

Gebhard Hofner

aus UZ, unsere Zeit, Zeitung der DKP



14. November Generalstreik in Südeuropa - was passiert in Deutschland?

Für den 14.11. ruft der Europäische Gewerkschaftsbund zu einem „Aktions- und Solidaritätstag“ auf. In Spanien und Portugal, Griechenland, Zypern und Italien wird es Generalstreiks und weitere Massenaktionen geben. In Großbritannien haben bereits am 20.10. über 100.000 Menschen gegen die Kürzungspolitik der Regierung demonstriert, der TUC hat für die „nächste Zukunft“ einen Generalstreik angekündigt. Die Menschen wollen, dass die Banker, die Spekulanten und die Inhaber großer Aktienpakete für die von ihnen verursachte Krise bezahlen, und nicht die normalen Menschen.

Die Euro-Krise hat Deutschland noch nicht erfasst, aber erste Zeichen sind sichtbar. Höchste Zeit um in den Gewerkschaften zu diskutieren, wie auch in Deutschland der Protest gegen das Kaputt Kürzen ganzer Länder auf die Straße getragen werden kann. Steht einem erst selbst das Wasser bis zum Hals, ist es zu spät nach Solidarität zu rufen! Menschen sind wichtiger als der Profit.

Privat-Verbraucher zahlen Energiewende allein

Für die Förderung der erneuerbaren Energien müssen die Stromkunden im nächsten Jahr tiefer in die Tasche greifen. Die sogenannte EEG-Umlage steigt 2013 um knapp 50 %. Diese Mehrbelastung hat aber wenig mit den tatsächlichen Kosten der erneuerbaren Energien, dafür viel mit der Unternehmerfreundlichen Politik der CDU/FDP-Regierung zu tun. Denn z.Z. sind mehr als 700 Unternehmen von der Umlage befreit, für das nächste Jahr haben bereits über 2000 einen Befreiungsantrag gestellt. Darunter sind z.B. Schlachthöfe und Banken. Das führt dazu, dass die Belastungen einseitig nur auf den Schultern der privaten Haushalte abgeladen werden. Die Unternehmer streichen dagegen Extraprofite ein. E.on und RWE haben allein im ersten Halbjahr 2012 über elf Milliarden Euro Profit gemacht.